AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 34 | DIENSTAG, DEN 5. MAI | 2015

Inhalt:

	Seite
Öffentliche Zustellung	853
Widmung einer Wegefläche	853
Aufhebung eines Aufstellungsbeschlusses	853
Erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Eidelstedt 73	853
Berichtigung einer Widmungsverfügung	854
Wahlen zur Vertreterversammlung der Baugenossenschaft dhu eG	854

BEKANNTMACHUNGEN

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Zeynal Erdogan, zuletzt bekannte Anschrift: Ritterstraße 18, 22089 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 20. Mai 2015 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 212, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 4. Juni 2015 als bewirkt.

Hamburg, den 21. April 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 853

Widmung einer Wegefläche

Mit Verfügung vom 2. März 2002 wurde die im Bezirk Hamburg-Mitte belegene Wegefläche Gerstäckerstraße (Flurstück 1758), Gemarkung Neustadt-Süd, als Straßenverbreiterungsfläche gemäß § 8 in Verbindung mit § 6 HWG dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger erfolgte seinerzeit nicht und wird hiermit nachgeholt:

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Neustadt-Süd, belegene Straßenverbreiterungsfläche Gerstäckerstraße (Flurstück 1758) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 21. April 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 853

Aufhebung eines Aufstellungsbeschlusses

Das Bezirksamt Hamburg-Nord beschließt, den Aufstellungsbeschluss N 3/12 vom 6. März 2012 (Amtl. Anz. S. 507) zum Bebauungsplan Hohenfelde 2, begrenzt durch Buchtstraße – Mundsburger Damm – Armgartstraße – Papenhuder Straße – Graumannsweg der Gemarkung Hohenfelde (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 416), aufzuheben.

Hamburg, den 27. April 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

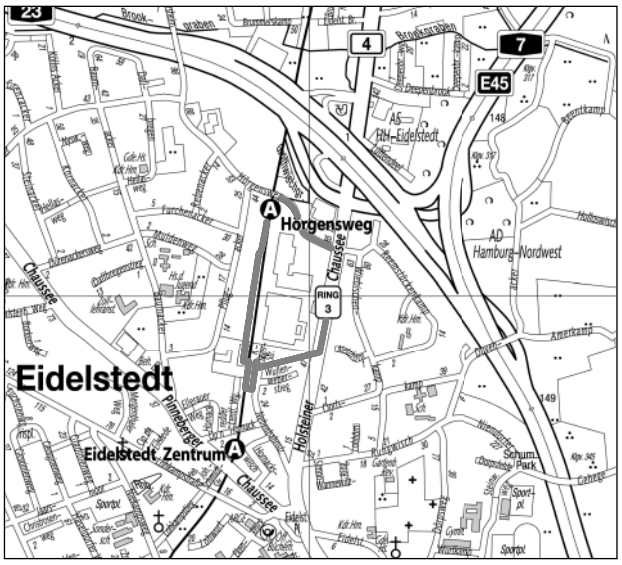
Amtl. Anz. S. 853

Erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Eidelstedt 73

Das Bezirksamt Eimsbüttel hat beschlossen, folgenden Entwurf eines Bebauungsplans gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), erneut öffentlich auszulegen:

Bebauungsplan Eidelstedt 73

Der Geltungsbereich liegt westlich der Holsteiner Chaussee zwischen Hörgensweg und Wullenweberstieg. Westlich begrenzt die AKN-Linie das Plangebiet (Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 320).



Das Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt: Hörgensweg – Holsteiner Chaussee – Südgrenze des Flurstücks 7267, über das Flurstück 7021 (Konrad-Hager-Straße), Ostgrenze des Flurstücks 6460, Ost-, Süd- und Westgrenze des Flurstücks 6959, über das Flurstück 6960, Westgrenze des Flurstücks 6960, über das Flurstück 4522, Westgrenze des Flurstücks 5710 der Gemarkung Eidelstedt.

Ziel der Planung ist die Steuerung der Einzelhandels- und Gewerbeentwicklung. Im Plangebiet soll ein Gewerbegebiet festgesetzt werden. Dies entspricht den Zielen der bezirklichen Entwicklungsplanung, die die Flächen am Hörgensweg als einen Sonderstandort mit Fachmärkten einstuft, der zukünftig neben der Nahversorgungsfunktion nur noch nicht zentrenrelevante Hauptsortimente anbieten soll. Durch die Festsetzung eines Gewerbegebietes soll auch langfristig die Möglichkeit gesichert werden, die für den Bezirk Eimsbüttel notwendigen Gewerbeflächen zu sichern und damit eine gewerbliche Flächenvorsorge im Bezirk umzusetzen. Zum Schutz des Bezirksentlastungszentrums Eidelstedt und der Stadtteilzentren Schnelsen und Stellingen werden zentren- und nahversorgungsrelevante Einzelhandelssortimente im Plangebiet begrenzt.

Der Bebauungsplan-Entwurf wird erneut ausgelegt, weil er in folgenden wesentlichen Punkten gegenüber der Fassung der ersten öffentlichen Auslegung geändert wurde:

– Das nördliche Sondergebiet wird als Gewerbegebiet ausgewiesen.
– Der Lebensmittelmarkt wird durch eine Fremdkörperfestsetzung gesichert. In dieser werden die zulässigen zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimente aufgelistet. Die zulässige Fläche wird mit Bezug auf die bereits bestehenden baulichen Anlagen auf 5800 m² Geschossfläche begrenzt.
– Für die absolute Flächenbegrenzung der Randsortimente wird die Geschossfläche, hier 1200 m², als Bezugsgröße festgesetzt.
– Die unterschiedlichen Teilbereiche (Lärmkontingentierung und abweichende Bauweise) werden in der Planzeichnung durch eine Abgrenzung (Knödellinie) gekennzeichnet.

Der Entwurf des Bebauungsplans mit Planzeichnung, Verordnungstext und Begründung sowie die wesentlichen umweltrelevanten Stellungnahmen werden in der Zeit vom 18. Mai 2015 bis 1. Juni 2015 an den Werktagen (außer sonnabends) während der Dienststunden (montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr) im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Eimsbüttel, Grindelberg 62-66, XI. Stock, Raum 1138, 20144 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Bestandteil der Auslegung ist der Umweltbericht mit Informationen zu den Schutzgütern Mensch, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima, Stadt- und Landschaftsbild, Kultur- und Sachgüter. Darüber hinaus sind eine schalltechnische Untersuchung und eine verkehrstechnische Untersuchung verfügbar.

Außerdem liegen umweltrelevante Stellungnahmen zu den Themenbereichen Schallschutz, Natur- und Landschaftsschutz, Bodenverunreinigungen, Oberflächenentwässerung und Luftbelastung vor.

Während der erneuten öffentlichen Auslegung können Anregungen nur zu den geänderten Teilen des ausliegenden Bebauungsplan-Entwurfs bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Der Bebauungsplan-Entwurf kann im oben genannten Zeitraum auch im Internet unter Verwendung des kostenlosen Online-Dienstes „Bauleitplanung“ auf den Seiten des „Hamburg-Service“ eingesehen werden. Zudem besteht hier die Möglichkeit, direkt Stellungnahmen online abzugeben. Vor der Nutzung ist eine kostenlose Registrierung erforderlich. Alle Online-Dienste des Hamburg-Service sind unter folgender Adresse aufrufbar:

www.gateway.hamburg.de

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 22. April 2015

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 853

Berichtigung einer Widmungsverfügung

In der Verfügung der Widmung Walter-Heitmann-Straße vom 19. Mai 2010 (Amtl. Anz. Nr. 42 vom 1. Juni 2010 S. 962) sind Fehler unterlaufen. Es muss heißen: … belegene Wegefläche Traberweg (Flurstück 4773) und der Eckerkoppel (Flurstück 4775) …

Hamburg, den 22. April 2015

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 854

Wahlen zur Vertreterversammlung der Baugenossenschaft dhu eG

In der Zeit vom 5. Mai 2015 bis 19. Mai 2015 liegt die Liste der gewählten Vertreter in der Geschäftsstelle der Baugenossenschaft aus. Auf Verlangen kann jedes Mitglied unverzüglich eine Abschrift der Liste erhalten.

Hamburg, den 28. April 2015

Baugenossenschaft dhu eG

Amtl. Anz. S. 854

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Postanschrift:

Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Herrn Oetzmann
Telefon: +49/040/4 28 26 - 25 59
Telefax: +49/040/4 27 94 - 94 17
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Verkehrsinfrastruktur

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Jahnring/Jahnbrücke, Ingenieurleistungen zur Sanierung der Fahrbahnen und Nebenflächen

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Hamburger Hauptverkehrsstraßen Jahnring und Jahnbrücke sind Bestandteil des „Ring 2“ und hier eine bedeutende Ost-West-Verbindung zwischen den Stadtteilen Bramfeld/Barmbek und Eppendorf/Eimsbüttel. Sie besitzen drei Fahrstreifen je Richtung mit zusätzlichen Abbiegefahrstreifen an den Einmündungen. Die Nebenflächen beinhalten Gehwege, Radwege und Baumpflanzungen. Insbesondere die Radwege sind baulich schadhaft und unterdimensioniert und entsprechen nicht mehr den Vorgaben der aktuellen Regelwerke und funktionalen Anforderungen. Auch die Fahrbahnen weisen streckenweise erhebliche Schäden auf. Auf der Südseite grenzt der Stadtpark und eine Kleingartenanlage direkt an das Straßengrundstück. Auf der Nordseite liegen im östlichen Abschnitt die Bürobauten der „City Nord“ und im westlichen Abschnitt mehrgeschossige Wohnbebauung. Im Rahmen dieses Auftrags soll für Los 1 die Objektplanung Verkehrsanlagen (Lph 1-6), Leitungstrassenplanung, Planung LSA und für Los 2 die Lph 8+9, sowie die örtliche Bauaufsicht erbracht werden.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71322500

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose.

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Zu vergebende Leistungen gem. HOAI § 47 und Anlage 13:

Los 1: Objektplanung Verkehrsanlagen, Leistungsphasen 1 bis 6 und Leitungstrassenplanung, verkehrstechnische Planung der Lichtsignalanlagen, Bauablaufplanung und Erstellung des SiGe-Plans, besondere Leistungen (Bauvorbereitung).

Los 2: Leistungsphasen 8 + 9 und Örtliche Bauaufsicht, besondere Leistungen (gem. HOAI Anlage 13). Der Straßenabschnitt ist ca. 2.000 Meter lang, mit überwiegend drei Fahrstreifen je Rich-

tung und zusätzlichen Abbiegespuren an den Einmündungen. Auf der Strecke befinden sich sechs signalisierte Knotenpunkte, die zu bearbeiten sind. Die Größe der Nebenflächen beträgt insgesamt ca. 40.000 m².

II.2.2) Angaben zu Optionen:

Optionen: nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Laufzeit: 36 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Haftpflichtversicherung:

Personenschäden: 1.500.000,– Euro

Sonstige Schäden: 500.000,– Euro

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die in Ziffer III.2.1) bis III.2.3) geforderten Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Weitere Informationsunterlagen sind nicht erwünscht.

1. Allgemeine Informationen zum Unternehmen mit Name der Firma, Anschrift, Telefon- und Fax-Nummer, E-Mail-Adresse, Geschäftsorte, Rechtsform.
2. Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.
3. Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach VOF § 4, Abs. 6, Buchstaben a) und g) und nach § 4, Abs. 9, Buchstaben a) bis e) vorliegen.
4. Angaben gem. VOF § 4, Abs. 2, ob und auf welche Art sie oder er, auf den Auftrag bezogen, in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegen stehen.
5. Für Bietergemeinschaften sind die unter III.2.1) und III.2.2) geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen.
6. Die unter III.2.3) geforderten Angaben sind von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft, abhängig vom Leistungsanteil, den das Mitglied im Auftragsfall übernehmen würde, nachzuweisen.
7. Beabsichtigt der Bewerber sich zum Nachweis seiner Fachkunde und Leistungsfähigkeit im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Unterauftragnehmer) zu bedienen, sind die Unterauftragnehmer mit Namen und Anschrift zu benennen und die Leistungsanteile je Unternehmen anzugeben.
8. Sofern bei der Erfüllung der Eignungsanforderungen unter III.2.3) auf die Fachkunde eines Unterauftragnehmers zurückgegriffen wird, ist dies deutlich hervorzuheben. Auf gesondertes Verlangen des AG sind entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen bereits im öffentlichen Teilnahmewettbewerb vorzulegen.
9. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.
10. Die Darstellung der Bewerbungsunterlagen wird wie folgt bewertet: Gesamteindruck (Zusammenstellung der Unterlagen, fehlerhafte/fehlerlose Unterlagen): 0 bis 2 Punkte, Struktur und Gliederung: 0 bis 2 Punkte, Vollständigkeit der erforderlichen Unterlagen: 0 bis 2 Punkte. Maximal werden 6 Punkte, je nach Qualität zwischen 0 und 2 Punkten je Kriterium vergeben.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Nachweis der Haftpflichtversicherung für Personenschäden: 1.500.000,– Euro,

   sonstige Schäden: 500.000,– Euro.

   Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.
2. Erklärung zum Gesamtumsatz an vergleichbaren Leistungen jeweils in den abgeschlossenen Geschäftsjahren 2011, 2012 und 2013. Vergleichbare Leistungen sind Leistungen bei Projekten mit mind. 4-spurigen Straßen in innerstädtischen Hauptstraßennetzen, jedoch keine Bundesautobahnen.

   Für das Los 1: Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 bis 6 und/oder verkehrstechnische Planung LSA.

   Für das Los 2: Leistungen der Leistungsphasen 8 bis 9 Bauoberleitung und/oder Örtliche Bauaufsicht.

Diese Angaben werden wie folgt bewertet (Summe der drei Jahre):

Los 1:
>1,5 Mio. Euro: 1 Punkt
>2,25 Mio. Euro: 2 Punkte
>3,0 Mio. Euro: 3 Punkte
>3,75 Mio. Euro: 4 Punkte
>4,5 Mio. Euro: 5 Punkte.

Es werden max. 5 Punkte, je nach Umsatz, vergeben.

Los 2:
>0,6 Mio. Euro: 1 Punkt
>0,9 Mio. Euro: 2 Punkte
>1,2 Mio. Euro: 3 Punkte
>1,5 Mio. Euro: 4 Punkte
>1,8 Mio. Euro: 5 Punkte.

Es werden max. 5 Punkte, je nach Umsatz, vergeben.

3. Erklärung zum Gesamtumsatz des Unternehmens jeweils in den Geschäftsjahren 2011, 2012 und 2013. Diese Angaben (Summe der drei Jahre) werden wie folgt bewertet:

Los 1:
>3,0 Mio. Euro: 1 Punkt
>4,5 Mio. Euro: 2 Punkte
>6,0 Mio. Euro: 3 Punkte
>7,5 Mio. Euro: 4 Punkte
>9,0 Mio. Euro: 5 Punkte.

Es werden max. 5 Punkte, je nach Umsatz, vergeben.

Los 2:
>1,2 Mio. Euro: 1 Punkt
>1,8 Mio. Euro: 2 Punkte
>2,4 Mio. Euro: 3 Punkte
>3,0 Mio. Euro: 4 Punkte
>3,6 Mio. Euro: 5 Punkte.

Es werden max. 5 Punkte, je nach Umsatz, vergeben.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Benennung der durchschnittlichen Anzahl der Ingenieure, die jeweils in den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014) an ähnlichen Vorhaben gleichzeitig gearbeitet und vergleichbare Aufgaben übernommen haben (arithmetisches Mittel). Jeder Mitarbeiter wird pro Jahr nur einmal gezählt. Getrennt nach Los 1 und Los 2. Ähnliche Vorhaben zeichnen sich wie folgt aus: Projekte mit mind. 4-spurigen Straßen in innerstädtischen Hauptstraßennetzen, jedoch keine Bundesautobahnen. Bauvolumen >1,5 Mio. Euro.

Vergleichbare Aufgaben sind:

Für Los 1:

Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 bis 6, verkehrstechnische Planung LSA und Leitungstrassenplanung.

Für Los 2:

Bauoberleitung und/oder örtliche Bauüberwachung. Nennung der Mitarbeiter/innen mit, Namen, Qualifikation, Beschreibung der bearbeiteten Projekte, Bearbeitungsinhalte und Leistungsphasen. Diese Angaben werden wie folgt für jedes Los getrennt bewertet:

Los 1:
2 bis 4 Mitarbeiter/innen: 2 Punkte
6 Mitarbeiter/innen: 4 Punkte
8 Mitarbeiter/innen: 6 Punkte
10 Mitarbeiter/innen: 8 Punkte
>10 Mitarbeiter/innen: 10 Punkte.

Max. werden 10 Punkte, je nach Anzahl der Mitarbeiter/innen vergeben.

Los 2:
1 bis 2 Mitarbeiter/innen: 2 Punkte
3 Mitarbeiter/innen: 4 Punkte
4 Mitarbeiter/innen: 6 Punkte
5 Mitarbeiter/innen: 8 Punkte
>5 Mitarbeiter/innen: 10 Punkte.

Max. werden 10 Punkte, je nach Anzahl der Mitarbeiter/innen vergeben.

2. Nachweis von maximal 5 Referenzprojekten, getrennt nach Los 1 und Los 2, nach den unter 1. genannten Kriterien, der letzten 5 Geschäftsjahre (2010 bis 2014), die zwischenzeitlich abgeschlossen wurden, für Los 1 abgeschlossene Planungsleistungen, für Los 2: abgeschlossene Bauausführung. Bausumme >1,5 Mio. Euro. Nennung der Referenzprojekte mit Projektbezeichnung, Auftraggeber mit Ansprechpartner und Telefonnummer, bearbeitete Leistungsphasen, bearbeitete Leistungsbilder, Darlegung des zeitlichen Ablaufs des Bearbeitungsprozesses mit Angabe von Bearbeitungsbeginn und Bearbeitungsende. Diese Angaben werden je Referenzprojekt wie folgt bewertet:

Los 1: Kriterium 1: Bausumme >3 Mio. Euro, Kriterium 2: Bearbeitung Leistungsphasen 1 bis 6 vollständig, Kriterium 3: Leitungstrassenplanung, Kriterium 4: Verkehrstechnische Planung LSA Kriterium 5: Erstellung eines Bauablaufkonzepts mit Bauphasenplänen. Je Referenzprojekt und gefordertem Kriterium wird 1 Punkt vergeben. Es sind maximal 5 Punkte je Referenzobjekt und 25 Punkte für Los 1 möglich.

Los 2: Kriterium 1: Bausumme >3 Mio. Euro, Kriterium 2: Bauoberleitung (Lph. 8 und 9), Kriterium 3: örtliche Bauaufsicht, Kriterium 4: Koordination der Leitungslegungen während der Bauphasen. Je Referenzprojekt und gefordertem Kriterium wird 1 Punkt vergeben.Es sind maximal 4 Punkte je Referenzprojekt und max 20 Punkte für Los 2 möglich.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Gemäß Ziffern III.2.1), III.2.2) und III.2.3). Die am besten geeigneten Bewerber (mind. 3, max. 5) erhalten nach Auswertung der Teilnahmeanträge detaillierte Ausschreibungsunterlagen und werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Die übrigen Bewerber erhalten eine Information über die Nichtberücksichtigung im weiteren Vergabeverfahren.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote : nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

ÖT-K5-158/15

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –

Kostenpflichtige Unterlagen: –

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

27. Mai 2015, 11.15 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Fragen zum Teilnahmewettbewerb sind schriftlich per E-Mail an die E-Mail-Adresse:

Zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de

zu richten. Der Teilnahmeantrag ist schriftlich in Papierform im A4-Ordner mit Register einzureichen. Der Umschlag mit dem Teilnahmeantrag ist außen mit dem Hinweis „Jahnring/Jahnbrücke“ zu versehen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

16. April 2015

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen**: –

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind:** –

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle:

Zu Händen von RB/ZVA, Zimmer E 01.421

Hamburg, den 16. April 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 356

Bekanntmachung über zusätzliche Informationen, Informationen über nichtabgeschlossene Verfahren oder Berichtigung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg, Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen

Postanschrift:

vertreten durch die
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
ABH 44 – Hochbaudienststelle,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Vergabestelle
Telefax: +49/040/4 27 31 - 05 27
E-Mail: vergabestelle@bsu.hamburg.de

I.2) **Art der beschaffenden Stelle:**

Öffentlicher Auftraggeber

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Projektentwicklung Pergolenviertel – Planung einer Lärmschutzwand.

II.1.2) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Planung einer ca. 1200 m langen Lärmschutzwand in Hamburg – Bezirk Nord zwischen Alte Wöhr und Hebebrandtstraße mit 5,5 m über Gelände in 3,3 m Entfernung von der äußersten Gleismittelachse im Westen an der Güterumgehungsbahn Strecke 1234 auf dem Gelände der DB Netz AG.

II.1.3) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71322500

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: nein

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) Aktenzeichen:

ÖT-ABH4-148/15

IV.2.2) Referenznummer der Bekanntmachung für elektronisch übermittelte Bekanntmachungen:

Übermittlung der ursprünglichen Bekanntmachung über: eNotices.

Login: ENOTICES_HSB_Godau

Referenznummer der Bekanntmachung: 2015-048331

IV.2.3) Bekanntmachung, auf die sich diese Veröffentlichung bezieht:

Bekanntmachungsnummer im ABl: 2015/S 075-132054 vom 17. April 2015

IV.2.4) Tag der Absendung der ursprünglichen Bekanntmachung:

13. April 2015

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Diese Bekanntmachung bezieht sich auf:**

Berichtigung

VI.2) **Informationen über nichtabgeschlossene Vergabeverfahren:** –

VI.3) **Zu berichtigende oder zusätzliche informationen**

VI.3.1) Änderung der ursprünglichen Informationen, die vom öffentlichen Auftraggeber übermittelt wurden.

VI.3.2) In der ursprünglichen Bekanntmachung.

VI.3.3) In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtigender Text

Stelle des zu berichtigenden Textes:

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Anstatt:

Eine schalltechnische Untersuchung vom 2. Juni 2014 liegt vor. Die Ausführung und die technische Gestaltung der Lärmschutzwand muss dem einschlägigen Regelwerk der DB Netz AG entsprechen. Die Planungsunterlagen sind der DB Netz AG zur Zustimmung vorzulegen.

muss es heißen:

Eine schalltechnische Untersuchung vom 2. Juni 2014 liegt vor und kann unter http://www.hamburg.de/bsu/bsuausschreibungen/ herunter geladen werden. Es werden keine Bewerbungsblätter/ Bewerbungsmappen zur Verfügung gestellt. Es sind keine weiteren Ausschreibungs- und/oder ergänzende Unterlagen vorhanden. Die Ausführung und die technische Gestaltung der Lärmschutzwand muss dem einschlägigen Regelwerk der DB Netz AG entsprechen. Die Planungsunterlagen sind der DB Netz AG zur Zustimmung vorzulegen.

VI.3.4) In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtigende Daten: –

VI.3.5) In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtigende Adressen und Kontaktstellen:

I.1)

Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Immobilienmanagement
und Grundvermögen

Postanschrift:
vertreten durch DIE
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
ABH 44 – Hochbaudienststelle,
Neuenfelder StrA?E 19; 21109 Hamburg;
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Telefax: +49/40/4 27 31 - 05 27
E-Mail: eroeffnungsstelle@bsu.hamburg.de

VI.4) **Weitere zusätzliche Informationen:**

zu IV.1.2)

Bei Überschreitung der angegebenen Höchstzahl entscheidet das Los über die aufzufordernden Wirtschaftsteilnehmer.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

23. April 2015

Hamburg, den 23. April 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 357

Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Offizielle Bezeichnung:

Bundesrepublik Deutschland,
diese vertreten durch die
Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau

Postanschrift:

Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Herrn Weimann
Telefon: +49/(0)40/4 28 42 - 218
Telefax: +49/(0)40/4 27 92 - 12 00
E-Mail:
PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen.

Verteidigung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

4121 G 1302
Umb. Hs 1 Südflügel Mitte, Kreuzbau, Interim

15E0067
Erweiteter Rohbau II – Altbau Südflügel Mitte

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauleistung

Ausführung

Hauptausführungsort: Hamburg

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Leistungen umfassen im Wesentlichen die Baustelleneinrichtung; Gerüst-, Erd-, Maurer-, Stahlbau-, Abdichtungs-, Putz- und Abbrucharbeiten; Abbruch: Heizung, Sanitär, Lüftung, Elektro; Ausführung im Bestand, in 5 Geschossen (UG bis IV. OG).

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45.21.51.40

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Herstellung Vordach ca. 35.000 kg Stahl; Abfangkonstruktionen im Altbau ca. 45.000 kg Stahl; Gerüste, ca. 5.000 m²; ca. 850 m² Innenmauerwerk; Innenputz ca. 3.500 m²; 2.000 m² Dachziegeldeckung.

II.2.2) Optionen: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Beginn: 20. Juli 2015
Ende: 28. April 2017

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Siehe Vergabeunterlagen.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Vergabeunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt 124).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge : –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
Vergabe Nr. 15 E 0067

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote : Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

15 E 0067

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Ja

4121-1302, Umbau Haus 1, Südflügel Mitte, Bundeswehrkrankenhaus

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl:
2015/S_042-070924 vom 25. Februar 2015

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

12. Mai 2015, 24.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 29,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Verwendungszweck:
Vergabe 15 E 0067

Kontonummer: 1027 210 333, BLZ, 200 505 50
IBAN: DE22 2005 0550 1027 2103 33
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

3. Juni 2015, 12.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: Bis 3. Juli 2015

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

3. Juni 2015, 12.00 Uhr

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmachtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Dauerauftrag:** Nein

VI.2) Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird: Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**

Tag der Absendung der Verdingungsunterlagen an die Käufer der Unterlagen: 18. Mai 2015

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren: –

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
27. April 2015

Hamburg, den 27. April 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung – 358

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 15 A 0153

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 – 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 – 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: **15 A 0153**

Tischlerarbeiten/Kunststofffenster

84112 B 2015/TM 00020
Fenstererneuerung Gebäude 23/24

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Graf-von-Baudissin-Kaserne – Gebäude 23/24,
Blomkamp 61, 22549 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

In der Führungsakademie Graf-von-Baudissin-Kaserne werden in Gebäude 23/24 die bestehenden Holzfenster demontiert und Kunststofffenster eingebaut. Die Fenster befinden sich im eingeschossigen, zu dieser Zeit unbelegten Gebäude. Es handelt sich um 21 Fenster (4-teilig, B3000/H2520, mit Sonnenschutz-Isolierverglasung), 1 Fenster (4-teilig, B3060/H3060), 6 Fenster, (1-flügelig mit Oberlicht B1290/H2060), 12 Fenster (1-flügelig, B1290/H1220).

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 20. Juli 2015

Fertigstellung der Leistung: 7. August 2015

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle@bba.hamburg.de

Bewerbungsschluss: 12. Mai 2015

Versand der Verdingungsunterlagen: 20. Mai 2015

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 6,– Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0153

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:

Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

5. Juni 2015, 10.00 Uhr
Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

Selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3

VOB/A zu machen: keine

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 6. Juli 2015

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 27. April 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung – 359

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Anna Schubert

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 86
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des Auftraggebers: http://www.hamburg.de/schulbau/

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Marie-Beschütz-Schule, Erikastraße 41, 20251 Hamburg, Rohbauarbeiten.

II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**

Bauauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Erikastraße 41, 20251 Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Die ehemalige Wolfgang-Borchert-Schule im Hamburger Stadtteil Eppendorf mit rund 5237 m² NGF wird zur Ganztagsgrundschule umgebaut und erweitert. Ein Verbindungsbau zwischen den beiden bestehenden Schulgebäuden wird neu erstellt.

Hier: Rohbau- und Erdbauarbeiten

Leistungsumfang:

Baugrubenaushub Verfüllen Verdichten 3000 m², örtliche Verbaumaßnahme 1 psch., STB-Stützen 400 lfm, Innenwände KS Decken Durchbrüche Dämmung 4500 m², STB-Dächer-Unter-/Überzüge – Decken Sohle 1000 m²,Treppenläufe 1-läufig STB 10 Stk, Rampe Ortbeton 1 Stk, Baustelleneinrichtung 1 Psch, provisorischer Wetterschutz 1 psch, Dämmputz an Laibungsflächen 1 600 lfm, Innenputz 8300 m².

Voraussichtlicher Ausführungstermin: August 2015 bis Mai 2016 Die Öffnung der Angebote findet statt am 29. Mai 2015 um 10.50 Uhr in Raum 004.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45262311

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose:

Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird der Gesamtauftragwert auf ca. 1.886.361,– Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 1.886.361,– Euro.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw.
Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 9 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014).
– gültige Freistellungsbescheinigung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als 3 Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH VOB EU 25/15 AS

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl:
2015/S 018-028074 vom 27. Januar 2015

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 28. Mai 2015, 12.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger: Landesbetrieb Schulbau Hamburg
IBAN: DE 25 00000000020101529
BIC: MARKDEF1200
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 25/15 AS

Bitte beachten: Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die

E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine der Varianten wählen.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

29. Mai 2015, 10.50 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 29. Mai 2015, 10.50 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**:

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung (U 1)

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

22. April 2015

Hamburg, den 22. April 2015

Die Finanzbehörde 360

Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb

a) Finanzbehörde
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe U 40
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Zu Händen von Frau Christine Nehls
Telefon: 040/4 28 23 - 63 04
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.fb.hamburg.de

b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).

c) Entfällt

d) Blitzschutzarbeiten Reparatur

Es werden zwei zeitlich befristete Rahmenverträge ausgeschrieben, aufgrund derer die vorgesehenen bis zu 10 Vertragsunternehmen für SBH | Schulbau Hamburg und bis zu 3 Vertragsunternehmen für GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH (siehe unten) verpflichtet sind, ihre Leistungen auf Abruf (Einzelauftrag) zu den im jeweiligen Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen. Die Ausschreibung wird als Preisumfrage mit Leistungspositionen ohne Mengenangabe (Menge 1) durchgeführt.

Es handelt sich um ein zweistufiges Verfahren. Zunächst findet für beide Verträge ein gemeinsamer öffentlicher Teilnahmewettbewerb statt. Die Bewerbungsunterlagen für den Teilnahmewettbewerb sind bei der unter Buchstabe a) angegebenen Stelle abzufordern.

In die engere Wahl kommen nur solche Teilnahmeanträge und Angebote, die nach Prüfung und Wertung gemäß § 16 VOB/A nicht ausgeschlossen werden.

Aus dieser Bewerbung folgen 2 getrennte Angebotsverfahren:

1. Auftraggeber SBH: Gegenstand sind die durch SBH betreuten Schulen und Immobilien, sowie die Dienststellen der Finanzbehörde (ohne Finanzämter).

2. Auftraggeber GMH: Gegenstand sind die durch die GMH | Gebäudemanagment Hamburg GmbH betreuten Schulen und Immobilien.

Der Auftraggeber GMH wird die gesamte Beauftragung und Rechnungsstellung bis mindestens Ende 2015 über das Onlineportal „mareon“ abwickeln. Dazu ist es für den Handwerker zwingend erforderlich, sich unter www.mareon.com zu registrieren. Weitere Informationen zum Ablauf und über Kosten zur Nutzung dieses Dienstes finden sie ebenfalls auf zuvorgenanntem Onlineauftritt. Die Nutzungsgebühren werden vom Auftraggeber nicht gesondert vergütet und sind in die Einzelpositionen einzurechnen.

Verfahrensablauf Angebotsphase:

Für die Rahmenvertragspreise werden aus den Angeboten der Bieter pro Auftraggeber (getrennte LVs), die aufgrund des Teilnahmewettbewerbes zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind, bereinigte Mittelpreise errechnet.

Das entsprechende Preisverzeichnis wird den für die Auftragserteilung in Betracht kommenden Bieterinnen und Bietern mit der Aufforderung übersandt, zu erklären, ob sie zur Ausführung der Leistungen zu den festgesetzten Preisen bereit sind.

Die Unternehmen, die diese Erklärung abgegeben haben, werden in die Liste der Vertragsunternehmen aufgenommen. Für SBH sind insgesamt bis zu 10 Unternehmen, für GMH sind insgesamt bis zu 3 Unternehmen vorgesehen. Ein Anspruch auf eine Berücksichtigung bei der Auftragsvergabe, ein bestimmtes Auftragsvolumen oder eine bestimmte Region innerhalb der Hansestadt Hamburg kann daraus nicht abgeleitet werden.

HINWEIS: Die zu schließenden Verträge unterliegen dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen werden diese nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung können die Verträge Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

e) Allgemeinbildende und Berufliche Schulen und Immobilien der Freien und Hansestadt Hamburg, die von SBH | Schulbau Hamburg und GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH, sowie der Finanzbehörde (ohne Finanzämter) bewirtschaftet werden.

f) Vergabenummer: **SBH ÖT 009/2015**

Die Rahmenverträge „Blitzschutzarbeiten Reparatur“ beinhalten die Blitzschutzarbeiten in der Instandhaltung der Gebäude.

Sie dienen als Auftragsgrundlage für die Vergabe von Bauleistungen für Maßnahmen der Bauunterhaltung sowie Reparaturleistungen und sonstige Unterhaltungsarbeiten von geringem Umfang.

Nach den Rahmenverträgen können Aufträge von maximal 5000,– Euro brutto pro Einzelauftrag erteilt werden. Das Auftragsvolumen wird insgesamt für alle am SBH-Vertrag beteiligten Firmen (Firmenliste mit bis zu 10 Firmen) auf 109.244,– Euro/Jahr netto, für alle am GMH-Vertrag beteiligten Firmen (Firmenliste mit bis zu 3 Firmen) auf 21.000,– Euro/Jahr netto geschätzt.

g) Entfällt

h) siehe Buchstabe d)

i) Beginn: 1. November 2015

Ende: 31. Oktober 2016 mit der Option auf Verlängerung

j) Entfällt

k) Entfällt

l) Entfällt

m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am 13. Mai 2015 um 12.00 Uhr.

Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o)

n) Kalkulationsunterlagen erhalten nur Firmen, die den Anforderungen des ÖT entsprechen. Die Unterlagen werden vorraussichtlich Ende Mai 2015 an die qualifizierten Firmen verschickt.

Mit der Versendung dieser Unterlagen wird der Submissionstermin mitgeteilt. Dieser wird voraussichtlich Mitte Juni 2015 stattfinden.

o) Anschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe U 40
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Öffnung der Teilnahmeanträge ist nicht öffentlich.

r) Entfällt

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.

b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.

c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.

d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregisterauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.

e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.

f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.

g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/Wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,– Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden."

h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

HINWEIS: Bitte fordern Sie den Teilnahmeantrag per E-Mail bei folgender E-Mail-Adresse ab:

vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Die Teilnahmeunterlagen sind kostenlos.

Alternativ können Sie unter Angabe ihrer E-Mail-Adresse den Teilnahmeantrag per Telefax abfordern:

Telefax: 040/4 27 31 - 01 43

v) Die Zuschlagsfrist endet am 31. Juli 2015

w) Beschwerdestelle:
Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde,
SBH | Schulbau Hamburg
Frau Gertrud Theobald (Geschäftsführung)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 24. April 2015

Die Finanzbehörde 361

Öffentliche Ausschreibungen
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Behörde für Schule und Berufsbildung, Zentrale Vergabestelle – V234 –, schreibt die **Herstellung, Lieferung und Montage von Labortischen, Lehrerarbeitsplätzen und Theorietischen** für die Ausstattung von 3 Fachräumen der Gewerbeschule Energietechnik, Hamburg, unter der Projektnummer **2015000051** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Abforderungsfrist für Vergabeunterlagen: 6. Mai 2015

Ende der Angebotsfrist: 13. Mai 2015, 10.00 Uhr

Ausführungsfrist: 10. August 2015 bis 24. August 2015

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Ausschreibungsunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und die Angebote elektronisch einreichen.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer 2015000051 per E-Mail unter ausschreibungen@bsb.hamburg.de abgefordert werden.

Hamburg, den 29. April 2015

Die Behörde für Schule und Berufsbildung 362

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport – organisatorisch angebunden bei der Polizei –, schreibt im Wege des Offenen Verfahrens gemäß § 3 EG Nr. 1 Satz 1 VOL/A die **Lieferung von zwei Vorausrüstwagen Tunnel (VRW-T)** für die Feuerwehr Hamburg aus.

Letzter Tag der Unterlagenabforderung: –

Ablauf der Angebotsfrist: 8. Juni 2015, 15.00 Uhr

Ablauf der Bindefrist: 14. August 2015, 18.00 Uhr

Für die Beurteilung der Eignung sind von allen Bietern mit dem Angebot folgende Erklärungen/Nachweise/Unterlagen einzureichen:

– Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit. Die Angaben werden gegebenenfalls von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Gewerbeordnung (GewO) überprüft.
– Eintrag in das Gewerbe-/Handelsregister.
– Geheimhaltungspflicht.
– Einsatz von Nachunternehmern.
– Falls zutreffend: Verzeichnis Nachunternehmerleistungen (EU).
– Falls zutreffend: Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (EU).
– Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz.
– Referenzen aus den letzten drei Jahren.

Die kompletten Ausschreibungsunterlagen können per E-Mail abgefordert werden:

ausschreibungen@polizei.hamburg.de

Betreff: Bezeichnung der gewünschten Ausschreibung.

Weitere Informationen zu dieser Ausschreibung einschließlich Hinweisen zum Bezug der Ausschreibungsunterlagen sind auf der Internetseite www.hamburg.de (Suchbegriff: „polizei ausschreibungen") hinterlegt.

Hamburg, den 27. April 2015

Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei – 363

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung gemäß § 3 Nr. 1 VOL/A in Verbindung mit § 12 VOL/A

a) Elbe-Werkstätten GmbH,
Nymphenweg 22, 21077 Hamburg

Kontakt:
Elbe-Werkstätten GmbH,
Zentraler Einkauf,
Meiendorfer Mühlenweg 119, 22159 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 68 - 87 31, Telefax: 040/4 28 68 - 87 35,
E-Mail: einkauf@elbe-werkstaetten.de

Die Unterlagen sind einzureichen bei:
Elbe-Werkstätten GmbH – Submissionsstelle –,
Meiendorfer Mühlenweg 119, 22159 Hamburg

Die Angebotsfrist endet am 18. Mai 2015 um 11.00 Uhr.

b) Öffentliche Ausschreibung **ÖA-15-0001**

c) Angebote sind schriftlich einzureichen.

d) **Lieferung von alkoholfreien Getränken.**

Ort der Lieferung:
Elbe-Werkstätten GmbH, diverse Standorte.

e) Vergabe nach Losen möglich.

f) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

g) 19 Monate (1. Juni 2015 bis 31. Dezember 2016).

h) Elbe-Werkstätten GmbH, Zentraler Einkauf,
Meiendorfer Mühlenweg 119, 22159 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 68 - 87 31 oder
E-Mail: einkauf@elbe-werkstaetten.de

i) Die Unterlagen sind bis 13. Mai 2015 abzufordern.

Die Angebotsfrist endet am 18. Mai 2015, 11.00 Uhr.

Die Bindefrist endet am 30. Mai 2015.

k) Entfällt

l) Entfällt

m) Hamburgische zusätzliche Vertragsbedingungen in der aktuellen Version, Eigenerklärung.

Hamburg, den 28. April 2015

Elbe-Werkstätten GmbH 364

Gläubigeraufruf

Die Firma **FSS Fischer Supply + Service GmbH, Hamburg,** c/o Hans-Joachim Fischer, Anne-Frank-Straße 41, 22587 Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 17. März 2015

Der Liquidator 365

Gläubigeraufruf

Der Verein **Free Software Foundation Europe – Chapter Germany e.V.** ist aufgelöst worden. Etwaige Gläubiger des Vereins werden gebeten, sich zu melden bei Free Software Foundation Europe – Chapter Germany e.V., z. H. v. Herrn Matthias Kirschner, Schönhauser Allee 6/7, 10119 Berlin.

Hamburg, den 13. April 2015

Der Liquidator 366

Gläubigeraufruf

Der Verein **Verband des Rundfunk- und Fernseh-Fachhandels Hamburg e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 4141) mit Sitz in Hamburg ist aufgelöst worden. Zum Liquidator wurde Herr Rechtsanwalt Wolfgang Linnekogel, Bei dem Neuen Krahn 2, 20457 Hamburg, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, sich beim Liquidator des Vereins zu melden.

Hamburg, den 14. April 2015

Der Liquidator 367

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 - 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7 % Mehrwertsteuer).